

Dresdner Volkszeitung

Hauptschredlo: Dresden.
Raben & Comp., Nr. 1298.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Postkonto:
Gedr. Anstalt, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Albstadt

Bezugspreis einschließlich Frangierlohn monatlich 5,000.— M., durch die Post bezogen monatlich 5,000.— M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 1,750.— M., Einzelnummer 200.— M., Sonnabendnummer 300.— M., Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die Spaltenbreite 400.— M., auswärts 500.— M., die Spaltenbreite 1500.— M., auswärts 1800.— M., Ausland 2400 u. 7500 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung, Familienangehörige, Stellen- u. Reisezettel 40 Proz. Rabatt. Für Kleinanzeigen 150 M.

Nr. 85

Dresden, Donnerstag den 12. April 1923

34. Jahrg.

Vor einem deutschen Reparationsangebot?

Paris, 11. April. Der Berliner Berichterstatter der Pariser Ausgabe der Chicago Tribune will erfahren haben, daß in den höchsten Berliner Regierungskreisen davon gesprochen werde, Deutschland wolle direkte Reparationsanträge machen. Die Nachrichten aus London hätten tiefen Eindruck auf das Kabinett Cuno gemacht. Es habe sich überzeugt, daß Deutschland eine Initiative ergreifen und seine passive Haltung aufgeben müsse. Außenminister Dr. v. Rosenbergs werde ein weitgehendes Angebot in der Reparationsfrage machen, als Staatssekretär Dr. Bergmann dies auf der Pariser Konferenz habe überreichen wollen. Man nehme in Berlin an, daß England bereit wäre, zum Ankauf von Rohstoffen weitgehende Kredite zu gewähren, und daß es zustimmen würde, daß die Ergebnisse einer internationalen, von Deutschland zu garantierenden Anleihe den alliierten Mächten zur Verfügung gestellt würden. Deutschland werde 20 Milliarden Goldmark anbieten und werde wünschen, daß Frankreich davon den größten Teil erhalte. Die Industriellen würden sich bereit erklären, durch ihre Unternehmungen auswärtige Anleihen zu garantieren. Besonders der von England ausgehende Druck habe zu dem Entschlusse geführt, Reparationsangebote zu machen. Großbritannien fürchte eine politische Hegemonie Frankreichs auf dem Kontinent und wolle daher jedes vernünftige Angebot Deutschlands unterstützen.

Aus London wird demselben Blatt zu der gleichen Gelegenheit gemeldet: Nachdrücklich aus Berlin besagen, daß Deutschland sich bereit, ein direktes Angebot an Frankreich zu machen. Der neue Plan bewege sich auf der Linie, wie sie in den Douhaurenschen Vorschlägen entwickelt wurden. Insbesondere werde Deutschland sich bereit erklären, die französischen, italienischen und belgischen Schulden an Amerika und England zu übernehmen, falls Frankreich sich mit kleineren Reparationszahlungen begnügen wolle.

Die Regierung Cuno hat das Wort

Die Regierung Cuno muß jetzt unter allen Umständen zu einer aktiven Außenpolitik gedrängt werden, auf daß die Reparationsfrage und die Ruhrkrise zu einer Lösung kommen. Die Meldungen, daß die Regierung Cuno vor Verkündung eines deutschen Reparationsplanes siehe, sind sicherlich verfrüht oder nur Mutmaßungen. Doch wirklich ein Schritt gefolgt, hat wohl erst die Volkvertretung und das Volk zu erzwingen. Die Zeit zum Handeln ist da, die gesamte Öffentlichkeit muß jetzt mobil gemacht werden. Wird jetzt keine Lösung der Krise angebahnt, so besteht die Gefahr, daß nationalitätliche Elemente den Abwehrkampf im Westen würgen. Die Meldungen über nationalitätliche Provokationen, Sprengattentate, Waffenschiedungen usw. werden immer bedenklicher. Nur eine planmäßige aktive Außenpolitik der Regierung kann jetzt die Wege zu Verhandlungen ebnen und die Krise überwinden.

Die Front der Alliierten

Berlin, 11. April. Die Deutsche Allgemeine Zeitung will von diplomatischer Seite erfahren haben, daß augenblicklich ein sehr

schärfster Gedankenaustausch zwischen Paris, London, Brüssel und Rom stattfindet, der nicht nur als Vorbereitung für die Verhandlungen in Paris angesehen sei, sondern als der erste Schritt zur Wiederherstellung des gesamten Reparationsproblems mit gemeinsamer alliierter Front. Von französischer, anscheinend aus unterrichteter Seite wird weiter behauptet, daß an Deutschland in ganz kurzer Zeit eine Aufforderung gerichtet werden soll, für die Lösung des Reparationsproblems bestimmte Vorschläge zu machen. Es heißt sogar, daß diese Forderung einen ultimativen Charakter tragen soll. Ferner wird hinzugefügt, wenn Deutschland dieser Aufforderung nicht nachkomme, daß dann mit einer Art Blockade der Häfen von Bremen und Hamburg gedroht werde. Es sollen Truppenversendungen oder unmittelbare militärische Maßnahmen angedacht nicht ins Auge gefaßt sein, wohl aber soll durch alliierte Kriegsschiffe auf hoher See die Ein- und Ausfuhr nach beiden Seiten verhindert werden.

Tolltes Treiben der Reichswehr

Waffenbeschreibungen nach dem besetzten Gebiet? Aus Münster wird geschrieben: In der Reichswehr in Münster gehen Dinge vor, die den entschlossenen Abwehrkampf der deutschen Arbeiterschaft an der Ruhr in erheblicher Weise gefährden können. Es ist nicht unbekannt geblieben, daß gewisse Reichswehrstellen schon vor einiger Zeit einen Wagon Waffen an die Grenze des besetzten Gebietes geschickt haben. Der Wagon wurde hier von Kriegslüftern Elementen empfangen. Die gegenwärtige außenpolitische Lage verbietet, auf diesen Fall näher einzugehen. Die Arbeiterschaft muß verlangen, daß dieser den Reichswehren bekannte Fall näher untersucht wird und die verantwortlichen Personen durch Enthebung vom Amt zur Rechenschaft gezogen werden.

Stinnes sabotiert den Abwehrkampf!

Essen, 12. April. Auf der Zeche Rathhios Stinnes ist es zu einem Kampfe zwischen der Direktion und der Belegschaft gekommen. Als die Schächte 3 und 4 der Zeche von den Franzosen besetzt wurden, legte, wie überall auf den besetzten Zechen, die Belegschaft die Arbeit nieder. Nur die Notstandsarbeiten wurden ausgeführt. Die Direktion der Zeche verlangt jetzt, daß die Belegschaften der Schächte 3 und 4 durch die Schächte 1 und 2 untertags einfahren und von dort aus zu ihren Arbeitsstätten gehen, um außer den Notstandsarbeiten auch Vorrichtungsarbeiten und Reparaturen vorzunehmen. Die Belegschaften haben sich geweigert, dies zu tun. Darauf hat die Direktion gedroht, die Löhne nicht weiter zu zahlen. Eine Versammlung der Belegschaft wird sich mit der Angelegenheit beschäftigen.

Die Sprengattentate häufen sich

Duer, 11. April. Die Brücke am Sperlach über die militärische Straße Recklinghausen-Osterfeld führt, wurde gesprengt. Sie wurde zwar nicht völlig zerstört, es wurde jedoch erheblicher Schaden angerichtet. Die Folgen dieser Attentate sind neue Straßensperrungen. So wurden der Stadt Duer sofort 50 Millionen Mark Busse auferlegt und Straßenpferde von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens. In den letzten Tagen sind fast täglich Sprengattentate an Brücken, Kanälen, Eisenbahnstrecken versucht worden.

Krise der englischen Regierungspolitik

Die englische konservative Regierung des Herrn Bonar Law hat in der Nacht zum Mittwoch eine parlamentarische Schlappe erlitten. Das Londoner Unterhaus hat in einer von der Opposition vorzeitig erzwungenen Abstimmung eine Regierungsvorlage mit 145 gegen 138 Stimmen abgelehnt. Die Vorlage war nicht von entscheidender Bedeutung, es handelte sich um die Frage der Verwendung früherer Soldaten im Staatsdienst. Doch in einem so streng parlamentarisch regierten Lande wie England ist jede Niederlage der Regierung für die Existenz des Kabinetts gefährlich. Die Frage bleibt nur, ob die Ablehnung einen zufälligen Dapfus der Regierungsmehrheit darstellt, der bei genügend großer Reizung des Hauses wieder ausgeglichen wird, oder ob die Regierungsmehrheit abbröckelt, unfaßbar wird und mit der Kabinettspolitik nicht mehr zufrieden ist.

Alle Anzeichen besagen, daß die Niederlage nur eine taktische Schlappe war, daß aber die Regierungsmehrheit noch fest ist. Die Konservativen haben eine Mehrheit von 77 Stimmen (durch einige Nachwahlen haben eine Mehrheit von 77 Stimmen durch einige Nachwahlen unbedeutend verringert). Das Unterhaus setzt sich zusammen aus 346 Konservativen, 142 Arbeiterparteilern, 58 Asquith-Liberalen, 57 Lloyd-George-Liberalen und 12 Wilden. Bei der Abstimmung haben also rund 300 Regierungsparteiler gefehlt, die bei einer zweiten Abstimmung zur Stelle gebracht werden können. Die Regierung hat auch sofort die abgelehnte Vorlage wieder eingebracht und trotz den kraftvollen Gegenständen der Opposition wurde am Mittwoch eine zweite Abstimmung mit einer sicheren Mehrheit der Regierungspartei für ausfällig erklärt. Genosse Ramsay MacDonald forderte: "Nächste Nacht tritt die Regierung! Nacht eure Wahlaufrufe fertig!" Die Sitzung wurde so stürmisch, daß sie unterbrochen werden mußte.

London, 11. April. (Unterhaus.) Nach Aufhebung der Sitzung versuchte ein Mitglied der Arbeiterpartei den Unterstaatssekretär des Kolonialamtes mit einem Schriftstück zu schlagen. Regierungsmitglieder und Arbeitermitglieder verhinderten, daß es zu Tätlichkeiten kam. Bei Wiederaufnahme der Sitzung herrschte große Bewegung, doch wurde die Ordnung nicht gestört. Die Arbeitervertreter sollen beschuldigt, ihre Ranzgebung zu wiederholen. Der Präsident verlagte schließlich die Sitzung des Hauses auf Donnerstag.

Die Ursachen für diese Krisenercheinungen in England liegen tiefer. Die Possibilität der konservativen Regierung, die in der Praxis die Unterstützung der französischen Politik bedeutet, erregt immer weitere Unzufriedenheit. Die englischen Interessen geraten in den Hintergrund, der Einfluß Englands beginnt abzunehmen. Alle Nachwahlen erwiesene arge Unzufriedenheit des Volkes mit Bonar Laws Geschehenlassen-Politik. Es ist möglich, daß die parlamentarische Schlappe das Ansehen der Regierung arg schwächt und dem Kabinett früher unüberwindliche Schwierigkeiten bevorstehen. Bonar Law ist überdies halskrank, kann für längere Zeit nicht selbst die Debatten führen, leidet vielleicht auch an Willensschwäche. Gleichwohl, die rührige Arbeiterpartei ist als Führerin der Opposition zum Regierungsturz und zur Erzwingung von Neuwahlen bereit. Sie wird auch bald den Vorstoß machen, der auf der Pariser Konferenz der internationalen Parlamentarier beschlossen ist und die Regelung des Reparationsproblems und Beendigung des Ruhrabenteuers vorzieht. Der Druck der französischen Machtüberwindt die englische Regierung ebenfalls zu Entscheidungen. Das Ringen um eine Neuinstellung der englischen Regierungspolitik ist von großer Bedeutung für ganz Europa.

Das Schicksal des Landessteuergesetzes

Im jetzigen Reichstag beantragen Steuererlässe ungewöhnlich Schwierigkeiten. Wie ist die parteipolitische Verdrängung so vorherrschend gewesen wie gegenwärtig, nie die Abneigung gegen Besteuerung so groß wie heute, wo eine rein bürgerliche Regierung die Geschicke Deutschlands leitet. Seit dem Ausscheiden der Sozialdemokratie aus der Reichsregierung sind die bürgerlichen Parteien und die Regierung in Abhängigkeit von den Deutschnationalen geraten, die damit auch zum entscheidenden Faktor bei der Steuererläßung geworden sind.

Ebenso schwierig, ja noch schwieriger als die Erledigung des Geldwertengesetzes gestaltet sich die Verabschiedung des Landessteuergesetzes. Vor einer Reihe von Wochen ist keine Beratung im Steuerausschuß des Reichstages unterbrochen worden, weil sich eine positive Stellungnahme zu dem wichtigsten Punkte der Vorlage, der Erhöhung der Umsatzsteuer, nicht erzielen ließ. Die bürgerlichen Parteien, die das Geldwertengesetz mit voller Macht gegen die Sozialdemokratie verabschiedet haben, wollen der Umsatzsteuer nur zustimmen, wenn auch die Sozialdemokratie dabei mitwirkt. Wo es sich also um die Befreiung des Besitzes von Lasten handelt, da will man die Sozialdemokratie nicht, wo es sich aber um die Belastung des Verbrauchs der Massen handelt, da soll sie gut genug sein, dieses Verhalten der bürgerlichen Parteien in den Augen der Öffentlichkeit durch ihre Zustimmung zu rechtfertigen.

Die Sozialdemokratie lebt eine solche Rolle ab. Sie anerkennt zwar durchaus die Notlage der Gemeinden und ihr starkes Interesse an der Erschließung neuer Steuerquellen, deren Erträge den Gemeindefinanzen zugute kommen. Sie weiß auch, daß die Notlage der Gemeinden eine Verstärkung der Notlage der hilfsbedürftigen Schichten der städtischen Bevölkerung darstellt. Denn wenn die Gemeinden kein Geld haben, so müssen sie sparen; das Sparen in den Gemeinden kann nur erfolgen auf Kosten der Einschränkung von sozialen und kulturellen Aufgaben. Die Sozialdemokratie war deshalb stets bereit, mitzuwirken, um die Finanznöte der Gemeinden zu beseitigen. Der Weg aber, den das Reichsfinanzministerium, die Spitzenorganisationen der Gemeinden und die bürgerlichen Parteien betreten wollen, ist ungenügend. Nach ihrer Meinung gibt es nur einen Weg, um den Gemeinden zu helfen, nämlich die Erhöhung der Umsatzsteuer von 2 auf 2½ Prozent. Das ist falsch.

Die Hauptursache der Finanznot der Gemeinden ist nicht ihr zu geringer Anteil an den Reichsteuern, sondern die vergrößerte Entrichtung der Steuern und die vergrößerte Ueberweisung der Anteile an die Gemeinden. Mit vollem Recht sagt eine Eingabe der Handelskammer zu Düsseldorf: „In dem Uebelstand, daß die Gemeinden in den Genuss der ihnen gesetzlich zustehenden Anteile an den großen Reichsteuern erst nach Ablauf eines Jahres und mehr gelangen und sie somit Beiträge erhalten, die in keinem Verhältnis zu der inzwischen eingetretenen Geldwertverwertung stehen, ist nach unserer Ansicht die Hauptursache der finanziellen Notlage der Gemeinden zu erblicken.“

Ebenso sagt eine Eingabe des Oberbürgermeisters von Jagen (Westfalen) an den Reichsfinanzminister:

„Von einer Finanznot der Gemeinden wäre kaum die Rede, wenn die Gemeinden im Staatjahr 1922 an den Umsätzen des Kalenderjahres 1922 beteiligt wären. . . . Es ist also nicht so sehr Wert zu legen auf die Erhöhung der Umsatzsteuer auf 2½, oder 3 Prozent, als auf die allseitige Erhebung und Auszahlung.“

Den selben Standpunkt hat die sozialdemokratische Fraktion bei den Beratungen des Landessteuergesetzes eingenommen, doch sind sie mit ihren Anregungen keinerlei Gegenliebe beim Reichsfinanzministerium und den bürgerlichen Parteien.

In den Beratungen des Steuerausschusses des Reichstages ist ferner vom Reichsfinanzministerium unter Zustimmung der bürgerlichen Parteien die Aufhebung der Gemeinden an den Reichsteuern ohne gleichzeitige Erhöhung dieser Steuern mit Rücksicht auf den Stand der Reichsfinanzen nicht möglich sei. Die Reichsfinanzen könnten keinen Anschlag ertragen. So richtig es ist, daß sich die Reichsfinanzen in der denkbar schlechtesten Verfassung befinden, und daß eine Erhöhung der Einnahmen des Reiches notwendig ist und nicht eine Verminderung, so wenig denken die bürgerlichen Parteien und das Reichsfinanzministerium daran, diesen Standpunkt zu vertreten, wenn es sich um die Bemühungen zum Abbau der Besteuerung handelt.

Im Einverständnis oder mit Duldung des Reichsfinanzministeriums sind dauernd die Tarife der direkten Steuern herabgesetzt worden, meistens weit über die Regierungsvorlage hinausgehend. Schlimmer aber ist die mit Zustimmung des Reichsfinanzministeriums beim Geldwertengesetz beschlossene gewaltige Minderbewertung der Sachwerte bei der Einkommensteuer, der Körperschaftsteuer und den Vermögenssteuern. Durch die Bestimmungen über die Bewertung von Warenvorräten, ausländischen Zahlungsmitteln und Effektendepositen sowie durch die zugelassenen sehr weitgehenden Abschreibungen werden in sehr großem Maße selbst leistungsfähige Steuerpflichtige für die Einkommensteuer bzw. Körperschaftsteuer entweder völlig steuerfrei oder nur mit unbedeutenden Beträgen steuerpflichtig. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß beide Bestimmungen den Anteil